

Präambel

Nach fünf Jahren erfolgreicher Arbeit im Rat der Stadt wird DIE LINKE in Flensburg am 26. Mai 2013 erneut mit einer „Offenen Liste“ zu den Kommunalwahlen antreten. Politisch interessierte Menschen mit linkem Hintergrund, auch solche, die nicht parteigebunden sind und die sich in den letzten Jahren in die Flensburger Kommunalpolitik eingemischt haben, haben sich an der Entwicklung unseres Wahlprogramms beteiligt und sich auf unserer Liste zur Wahl gestellt. Wiederum ist unser Programm anhand von linken Eckpunkten entwickelt worden. Auch in Zukunft werden wir uns für die einsetzen, die ohne uns in der Kommunalpolitik kein Gehör finden. Es geht nicht um ein Stück vom Kuchen, es geht um die ganze Bäckerei.

In den letzten Jahren haben wir gelernt: Kommunalpolitik funktioniert nicht als Konfrontation „wir gegen alle“, aber wir sind auch nicht im Einheits-Meinungs-Brei der anderen Parteien untergegangen. Stets war es uns wichtig, die Mängel im System „Stadt Flensburg“ deutlich zu benennen und Mehrheiten für deren Beseitigung zu finden.

In einigen Fällen ist uns das gelungen, aber oft sind die anderen Parteien auf unsere Anliegen nicht eingegangen. Unsere Ratsfraktion hat dazu eine Erfolgsbilanz erstellt, auf die wir an dieser Stelle verweisen wollen.

Auch für die nächste Ratsversammlung können wir unseren Wählerinnen und Wählern versprechen: Wir werden unbequem bleiben! Wir werden weiterhin die Wahrheit aussprechen. Und wir werden uns weiter für die Interessen aller einsetzen, die ohne DIE LINKE in der Kommunalpolitik keine Lobby haben. Für diejenigen, die jeden Tag zur Arbeit gehen, ihre Steuern bezahlen und dann feststellen müssen, dass Kommunalpolitik über ihre Köpfe hinweg und gegen ihre Interessen gemacht wird, für Rentnerinnen und Rentner, für Studierende, für Schülerinnen und Schüler, für Kinder, für Menschen mit geringem Einkommen, für Menschen ohne Arbeit und für Menschen, die von ihrer Arbeit nicht leben können, für Menschen mit Behinderung und für viele andere Gruppen in unserer Gesellschaft, die unter der derzeitigen sozialen Schieflage leiden müssen.

Aber das schaffen wir nicht alleine. Wir brauchen dazu ihre Hilfe! Wir können unsere erfolgreiche Arbeit nur dann fortsetzen, wenn SIE sich in die Flensburger Politik weiterhin aktiv einmischen und wenn SIE uns am 26. Mai 2013 erneut in die Flensburger Ratsversammlung wählen.

Um Ihnen die Wahl leichter zu machen, haben wir ein Programm entwickelt, das folgende Punkte umfasst:

Soziales

In den letzten Jahren wurde der städtische Haushalt vor allem auf Kosten einer Bevölkerungsgruppe saniert: der gering Verdienenden oder Arbeitslosen. Kürzungen im Sozialbereich wirken sich schnell und massiv auf die Stadtkasse aus und sind daher bei den anderen Parteien in der Ratsversammlung sehr beliebt. Damit muss endlich Schluss sein.

Uns ist klar, dass Sozialpolitik auf kommunaler Ebene bedeutet, Fehler zu korrigieren, die auf anderen Ebenen gemacht wurden. Wenn die Bundesregierung oder das Land Leistungen für Menschen mit geringem Einkommen streichen, dann werden die Konsequenzen zuerst in den Kommunen spürbar und müssen auch dort bekämpft werden. DIE LINKE setzt sich auf allen Ebenen für mehr soziale Gerechtigkeit ein, vom Europaparlament bis hinunter in die Gemeinde vor Ort.

DIE LINKE fordert:

- Arbeitslose und Menschen mit geringem Einkommen leiden am meisten unter dem Wohnraummangel in Flensburg. Sie sind oft gezwungen, in Vierteln zu leben, in denen sie nicht sein wollen oder Wohnungen zu beziehen, die ihnen nicht gefallen. Wir wollen daher eine regelmäßige Anpassung der Mietobergrenzen an die Mietpreise für diese Menschen.
- Frauen sind überdurchschnittlich häufig von sozialen Härten betroffen. Um dem entgegen zu wirken, brauchen wir funktionierende Beratungs- und Hilfestrukturen. Wir wollen die Förderung von Beratungs- und Hilfsangeboten für Frauen festschreiben und regelmäßig an die aktuellen Kostensteigerungen anpassen.
- Der beste Weg, die eigene Situation zu verbessern ist es immer, selbst aktiv zu werden und für die Verbesserung der Situation zu streiten. Viele Menschen wollen das, wissen aber nicht, wie es gehen könnte. Aus diesem Grund haben sich in Flensburg viele Hilfe- und Selbsthilfeangebote entwickelt. Sie zu stärken und zu fördern verhindert hohe Kosten im städtischen Sozialetat. Wir wollen für diese Beratungsstellen und Selbsthilfeinitiativen eine verlässlich finanzierte Sicherung ihrer Arbeit durch die Stadt Flensburg.

Für eine Kinderfreundliche Stadt

Wenn über den demografischen Wandel diskutiert wird, kommt immer wieder das Argument „Kinder sind unsere Zukunft“. Gleichzeitig werden aber die Mittel zur Förderung von Kindern immer weiter gekürzt. Kinderspielplätze und Jugendzentren oder Musikschule und Kinder- und Jugendbücherei scheinen nur Spielbälle im Ringen um ausgeglichene Haushalte zu sein. Das wollen wir ändern.

Mittlerweile sind immer mehr Kinder in Flensburg von Armut betroffen. Das ist unerträglich! Die Beseitigung von Kinderarmut geht uns alle an und muss eine der Hauptaufgaben kommunalen Handelns sein.

DIE LINKE fordert:

- In der letzten Wahlperiode hat DIE LINKE durchgesetzt, dass jedes Kind in Flensburg einen einmaligen Zuschuss zu den Kosten für Schulranzen und -ausstattung bekommt. Wir setzen uns für die völlige Lehr- und Lernmittelfreiheit sowie für ein tägliches warmes Essen für jedes Kind in Flensburg ein.
- DIE LINKE will für jedes Kind in Flensburg einen KITA-Platz bereitstellen. Der Bund hat in den letzten Jahren den Ausbau der KITAs mit finanziellen Mitteln vorangetrieben, auf den Kosten für die tägliche Betreuung der Kinder bleiben allerdings die Kommunen sitzen, die diese Kosten an die Eltern weitergeben. Wir fordern kostenfreie KITA-Plätze für alle Kinder. Bis die Bundesgesetzgebung das ermöglicht, wollen wir Kostenmodelle, bei denen die Eltern nach ihrer Leistungsfähigkeit eingestuft werden. Kein Kind soll zu Hause bleiben müssen, weil die Eltern nicht genug Geld haben.
- Aber nicht nur der Preis, auch die Leistung in den KITAs muss stimmen. Wir wollen die Qualitätsstandards erhöhen, zuverlässige Betreuung auch in den Randzeiten sicherstellen und 24-Stunden-KITAs anbieten. Das geht nach Ansicht der LINKEN nur mit mehr KITA-Plätzen in städtischer Trägerschaft.
- DIE LINKE will die gleichberechtigte Teilhabe aller Kinder am gesellschaftlichen und kulturellen Leben, unabhängig vom Einkommen der Eltern. Dazu fordern wir den Ausbau des Sozialpass-Systems speziell für Kinder. Wir wollen Vereine und Einrichtungen, die von der Stadt finanziell gefördert werden, dazu verpflichten, vergünstigte Preise und Beiträge für Kinder von Eltern mit geringem Einkommen anzubieten.
- In einer Stadt, die so weitläufig ist wie Flensburg, werden Kinder oft schon durch die weiten Wege von der Teilhabe an kulturellen, sportlichen oder anderen Freizeitangeboten gehindert. DIE LINKE fordert daher die kostenlose Nutzung von allen Angeboten des ÖPNV für alle Kinder.
- Bildung ist die Grundlage für den weiteren Lebensweg eines Menschen. Sie darf nicht vom Einkommen der Eltern abhängig sein. DIE LINKE fordert kostenfreie Bildung für jeden und jede. Das heißt für uns neben KITA-Plätzen

für alle Kinder, kostenfreier Schülerinnenbeförderung und warmer Verpflegung in KITA und Schule auch, dass Schul- und Universitätsbesuch kein Geld kosten darf.

- Wir wollen die Schuletats so erhöhen, dass alle Schülerinnen und Schüler ihre Bücher und Arbeitsmaterialien von der Schule erhalten, ohne dafür bezahlen zu müssen. Die Teilnahme an Klassenfahrten muss für alle möglich sein, auch wenn das Einkommen der Eltern dies nicht hergibt.

Ein Flensburg für alle

DIE LINKE will Flensburg wieder zu einem lebenswerten Umfeld für alle Einwohnerinnen und Einwohner machen. Niemand soll wegen seiner sozialen Situation, wegen Krankheit oder Behinderung ausgegrenzt werden. Um das umzusetzen bedarf es außer einem Umdenken auf allen Ebenen von Politik und Verwaltung auch ganz konkrete Maßnahmen.

DIE LINKE fordert:

- Einen Umbau des bisherigen Sozialpasses auf ein diskriminierungsfreies System, das es allen Flensburgerinnen und Flensburgern erlaubt, barrierefrei am gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Leben in der Stadt teilzuhaben. Dazu gehören erschwingliche Eintrittspreise zu Veranstaltungen ebenso wie die Möglichkeit, diese kostengünstig mit dem ÖPNV zu erreichen.

Leben muss bezahlbar sein

Seit vielen Jahren wächst in unserer Stadt nur eins: die Kosten. Ob Lebensmittel- und Kleidungspreise, Mieten, Stromgebühren oder andere Dinge, die für das Leben gebraucht werden: Der Trend geht stets nach oben. Vieles davon können wir auf kommunaler Ebene kaum oder gar nicht beeinflussen, aber es gibt auch Dinge, die wir ändern können. Mieten, Energiepreise und die Leistungen öffentlicher Einrichtungen in Flensburg müssen wieder bezahlbar werden. Jede und jeder hat das Recht darauf, eine angemessene Wohnung zu einem Preis zu bewohnen, den er oder sie bezahlen kann. Ebenso gibt es das Recht darauf, im Winter zu bezahlbaren Preisen heizen zu können und mit erschwinglicher Energie und kostengünstigen öffentlichen Leistungen versorgt zu werden.

DIE LINKE fordert:

- Einen qualifizierten Mietspiegel für unser Stadt, der unsoziale Mieterhöhungen verhindert
- Die Neugründung einer kommunalen Wohnungsbaugesellschaft, die mit ihrem Angebot das Niveau der Mieten senkt

- Das Verbot von Strom-, Heizungs- oder Wassersperren für private Haushalte durch die Anbieter, die sich im Einflussbereich der Stadt befinden
- Eine städtische Selbstverpflichtung, Gebühren für öffentliche Dienstleistungen so erschwinglich wie möglich zu gestalten und diese Gebühren keinesfalls zur „Sanierung“ des städtischen Haushaltes zu nutzen.

Den Schwachen beistehen

Eine Gesellschaft muss sich immer daran messen lassen, wie sie mit den Schwächsten unter ihren Mitgliedern umgeht. Das Recht auf eine eigene Wohnung ist eines der elementaren Menschenrechte. Wer dieses Recht nicht wahrnehmen kann, braucht unsere Hilfe.

DIE LINKE fordert:

- Wir wollen ein verbessertes System, das verhindert, dass Menschen ihre Wohnung verlieren. Es muss Aufgabe aller Teile von Politik und Verwaltung werden, Wohnungslosigkeit zu verhindern.
- Menschen, die jetzt ohne Wohnung sind, muss jede Hilfe zuteilwerden, diesen Zustand zu ändern. Das beinhaltet nicht nur die Übernahme von eventuell vorhandenen Mietschulden, sondern auch sozialtherapeutische Unterstützung und aktives Einwirken der Stadt auf Vermieter, ausreichend geeignete Wohnungen für diese Gruppe zur Verfügung zu stellen.

Arbeit

Flensburg liegt in Schleswig-Holstein in einer Randlage, und trotz aller Versprechungen ist es bisher nicht gelungen, diesen Nachteil für unsere Stadt angemessen auszugleichen. Im Vergleich zu anderen Gegenden in unserem Land ist hier die Arbeitslosigkeit überdurchschnittlich hoch, die Anzahl der Menschen, die von staatlichen Transferleistungen leben müssen ebenfalls. Das hat viel damit zu tun, dass Flensburg an der dänischen Grenze liegt und von den wirtschaftlichen Zentren am Hamburger Rand abgeschnitten ist. Die Forderung nach einem strukturellen Ausgleich für die Benachteiligung durch unsere Lage an der dänischen Grenze ist richtig und wird von uns auch mitgetragen, aber das Warten auf Hilfe aus Kiel oder Berlin darf nicht alles sein. Wir wollen aktive arbeitsmarktpolitische Maßnahmen vor Ort.

DIE LINKE fordert:

Städtischer Beschäftigungssektor

- Wenn nicht genug Arbeitsplätze für alle da sind, muss die Gemeinschaft das ändern. Wir fordern ein Programm zur Stärkung des öffentlichen und des öffentlich geförderten Beschäftigungssektors, in dem Menschen zu den Bedingungen des ersten Arbeitsmarktes – das heißt mit armutsfesten Löhnen und voll sozialversichert – Aufgaben erfüllen, die für die Gemeinschaft wichtig sind. Solche Aufgaben gibt es zuhauf, es gibt genügend Arbeit, die brach liegt. Dabei setzen wir nicht nur auf eine stärkere Verpflichtung der Stadt, wieder Aufgaben der Daseinsvorsorge zu erfüllen. Wir wollen auch Arbeitsplätze in

kooperativ, genossenschaftlich und gemeinwirtschaftlich organisierten Betrieben schaffen. Diese sollen staatlich gefördert werden.

Auftragsvergabe mit Augenmaß

- Wir brauchen keine Arbeitsplätze, die nicht anständig bezahlt werden. Wer jeden Tag arbeiten geht, muss davon auch sich und seine Familie ernähren können, ohne beim Jobcenter „Aufstockerleistungen“ zu beantragen. Wir fordern, dass die Stadt nur noch mit Firmen zusammenarbeitet, die ordentliche Tarifverträge abgeschlossen haben und ihren Mitarbeitern armutsfeste Löhne zahlen.

Die Stadt, ein sozialer Arbeitgeber

- DIE LINKE will die Leiharbeit im Bereich der städtischen Verwaltung und der Tochterunternehmen der Stadt endlich abschaffen. Wir fordern, dass die Stadt und die städtischen Unternehmen die bisher Leiharbeitskräfte beschäftigten – das sind hauptsächlich Reinigungskräfte – in Angestelltenverhältnisse übernehmen. Das gilt auch für die dauerhafte Zusammenarbeit mit sogenannten „Fremdfirmen“, zum Beispiel beim Wachdienst im Rathaus. Wir lehnen es darüber hinaus ab, den städtischen Haushalt auf Kosten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu sanieren, wie es zwei Fraktionen im letzten Jahr gefordert haben. Auch im Rathaus und in den städtischen Betrieben muss gelten: Gutes Geld für gute Arbeit.

- Verantwortung über die Stadt hinaus wahrnehmen

Wir wollen, dass die Stadt Flensburg ihre Verantwortung auch über die Stadt und die Region hinaus wahrnimmt. Dazu gehört, dass bei der Zusammenarbeit mit Firmen und bei der Auftragsvergabe die ethischen Kriterien eingehalten werden, die die Internationale Arbeitsorganisation ILO formuliert hat. Darin sind zum Beispiel das Verbot der Kinderarbeit, die Pflicht zur gleichen Bezahlung von Frauen und Männern oder das Verbot der Behinderung gewerkschaftlicher Organisation in den Betrieben und deren Zulieferfirmen festgeschrieben.

- Regionale Wirtschaftskreisläufe stärken

In den letzten Jahrzehnten ist die Globalisierung immer weiter fortgeschritten. Viele Waren haben schon Transportwege von vielen tausend Kilometern hinter sich, wenn wir sie kaufen. Dafür bezahlen wir alle, z.B. durch steigende Umweltzerstörung oder sinkende Sozialstandards. DIE LINKE will, dass die Stadt dieses Problem erkennt und in ihrem Rahmen gegensteuert. Nahrungsmittel aus der Region sind nicht nur umweltverträglicher sondern auch ökologisch und

volkswirtschaftlich sinnvoller. Auftragsvergaben an regionale Betriebe geben uns eher die Chance, auf die Einhaltung sozialer und ethischer Standards zu achten.

Arbeitslosigkeit

Das Problem der überdurchschnittlich hohen Arbeitslosigkeit in Flensburg ist nur zum Teil hausgemacht und außerdem werden niedrige Quoten in anderen Regionen oftmals mit niedrigen Löhnen oder Minijobs erkaufte. DIE LINKE will das Problem der Arbeitslosigkeit an der Wurzel packen, das geht aber nur auf Bundesebene. Vor Ort in Flensburg kann es nur darum gehen, den Menschen, die von Arbeitslosigkeit bedroht oder betroffen sind, alle erdenkliche Hilfestellung zu geben.

DIE LINKE fordert:

- Qualifizierung statt Vermittlung in prekäre Beschäftigung
Die Bundesanstalt für Arbeit stellt jährlich große Summen zur Qualifizierung von arbeitslosen Menschen zur Verfügung. Wir wollen, dass die Mittel in Flensburg zielgerichtet eingesetzt werden, um Arbeitslose für das Arbeitsleben zu qualifizieren. Dazu gehört eine Verbesserung des Weiterbildungswesens mit qualifizierten DozentInnen, die angemessen bezahlt werden – es nützt niemandem, zum dritten Mal zu lernen, wie man eine Bewerbung schreibt. DIE LINKE lehnt die Vermittlung in prekäre Beschäftigung strikt ab. Wenn Arbeitslose Stellen wegen zu geringer Bezahlung ablehnen, sollen sie nicht dafür bestraft werden.

Seniorinnen und Senioren

Der Anteil der Menschen, die nicht mehr im Berufsleben stehen, steigt in Flensburg ebenso an wie überall in Deutschland. In der Vergangenheit konnten Menschen, die in Rente gehen sich ziemlich sicher sein, dass sie ihren Lebensstandard überwiegend halten konnten. Das hat sich mittlerweile grundlegend geändert. Prekäre Arbeitsverhältnisse, hohe Arbeitslosigkeit und Hungerlöhne haben die durchschnittlichen Renten sinken lassen bis an den Rand des Existenzminimums und noch darunter. Dazu kommt eine unsägliche Verteilungsdebatte, die Rentnerinnen und Rentner für die jüngeren Generationen in die Pflicht nehmen will, anstatt endlich die Umverteilung von unten nach oben zu beenden. Wir können dieses Grundproblem nicht in Flensburg lösen, aber wir müssen vor Ort versuchen, die Lebensverhältnisse für Seniorinnen und Senioren vernünftig zu gestalten.

Neue Wohnformen im Alter und für Menschen mit Behinderungen

Auch in Flensburg leben immer mehr ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen. Gesellschaftliches Ziel sollte es sein, sie in Selbstverantwortung

ihren Alltag allein organisieren zu lassen, solange das geht. Dabei muss das Prinzip gelten: So viel Hilfe wie nötig, so wenig Eingriffe wie möglich.

DIE LINKE setzt sich für weitgehend barrierefreies Wohnen für alle ein. Bei der Bauplanung wollen wir Investoren verpflichten, die Barrierefreiheit für möglichst alle Wohnungen umzusetzen. Dazu gehört nicht nur die Zugänglichkeit der Wohnungen auch für Menschen, die körperlich nicht mehr im Vollbesitz ihrer Kräfte sind, sondern auch eine verbesserte Infrastruktur innerhalb und außerhalb der Wohnung. Jeder Mensch soll so lange wie möglich seine Angelegenheiten selbst regeln können. Küchen, Wasch- und Trockengelegenheiten sowie Bäder müssen dementsprechend geplant und gebaut werden.

Auf Landesebene wurde in den letzten Jahren das Modell der Wohn-Pflege-Gemeinschaften entwickelt. Das sind Angebote für Menschen mit Pflegebedarfen, die nicht mehr in ihrer bisherigen Wohnung, aber auch nicht in einem klassisch organisierten Pflegeheim wohnen wollen.

In den bestehenden Pflegeeinrichtungen für Menschen, die ihren Alltag nicht oder nicht mehr alleine bewältigen können soll die Stadt ihre Aufsichtspflicht zukünftig ernsthafter wahrnehmen. Die baulichen und pflegerischen Standards sind nach Ansicht der Linken mangelhaft, bei der Pflege muss die Würde des zu pflegenden Menschen stets Vorrang vor finanziellen Gesichtspunkten haben.

DIE LINKE fordert:

- Die Gründung von selbstbestimmten Wohngemeinschaften von Seniorinnen und Senioren, Menschen mit Behinderungen und Dementen nach dem Modell der Wohn-Pflege-Gemeinschaften muss von der Stadt aktiv aufgegriffen und unterstützt werden.
- Zusätzlich muss in den Wohnquartieren der Stadt geeigneter und bezahlbarer Wohnraum erhalten und neu geschaffen werden, in dem sich Menschen mit Beeinträchtigungen wohlfühlen und in dem sie selbstbestimmt leben können.
- Die problemlose Erreichbarkeit von Ärzten, Apotheken, Einkaufszentren, Banken und anderen Einrichtungen muss von allen Wohngebieten aus gewährleistet sein.

Mobilität ist Seniorenrecht

Die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben ist für Seniorinnen und Senioren oft nur möglich, wenn ein entsprechend ausgebauter öffentlicher Personennahverkehr zur Verfügung steht, der für jede und jeden auch bezahlbar ist.

DIE LINKE fordert

- Wir setzen uns für eine grundlegende Umgestaltung des Busverkehrs in Flensburg ein. Wir brauchen neben den Hauptlinien, die die Stadtteile miteinander verbinden auch Nebenstrecken, die die Mobilität innerhalb der Stadtteile möglich machen. Dabei sind Seniorinnen und Senioren unbedingt in die Planung des ÖPNV einzubeziehen.

Von Erfahrungen profitieren

Die gute Arbeit des Flensburger Seniorenbeirates zeigt schon jetzt: Von der Erfahrung älterer Menschen können wir alle profitieren. DIE LINKE will die Beteiligungsmöglichkeiten für Seniorinnen und Senioren weiter ausbauen.

DIE LINKE fordert:

- Wir fordern verbindliche Beteiligung des Seniorenbeirates an allen Entscheidungen, die ältere Menschen betreffen.

Breitensport

Gerade angesichts der wachsenden finanziellen Ungleichheit in Flensburg ist der Sport eine der wenigen Gelegenheiten, bei denen Menschen aus verschiedenen Schichten zusammenkommen. Durch die schlechte Förderung des Breitensports in unserer Stadt kann dieses Prinzip aber kaum noch umgesetzt werden. Sportvereine sind immer mehr auf hohe Mitgliedsbeiträge angewiesen, weil die städtischen Zuschüsse gekürzt und für die Benutzung städtischer Sportanlagen hohe Gebühren erhoben werden.

- Wir wollen eine auskömmliche Finanzierung aller Sportvereine in Flensburg, abhängig von der sozialen Struktur und Leistungsfähigkeit ihrer Mitglieder. Die städtischen Sportanlagen wie Hallen oder Fußballplätze sollen den Vereinen möglichst kostenlos oder gegen geringe Beiträge zur Verfügung gestellt werden. Bei Planungsmaßnahmen wie dem neuen Baugebiet am Bahnhof sind die betroffenen Sportvereine von Anfang an in die Planung mit einzubeziehen.
- Ein großes Problem hat die Ratsversammlung mit der Rekommunalisierung des Campusbades erst vor kurzer Zeit gelöst. DIE LINKE hat sich von Anfang an gegen den privaten Betrieb des Campusbades gewehrt und ein öffentliches Bad in der Verantwortung der Stadtwerke gefordert. Nach fünf Jahren sind die Verwaltung und die anderen Parteien dieser Forderung endlich gefolgt. Jetzt geht es darum, dieses attraktive Bad für die Flensburgerinnen und Flensburger in Schuss zu halten und es für den Breitensport zur Verfügung zu stellen. Dazu fordert DIE LINKE spezielle Preisstaffeln für die Benutzung des Sportbereichs und günstige Gebühren für Schwimmvereine.

Stadtentwicklung

Eine Stadt zum Wohlfühlen – auch in Zukunft

Stadtentwicklung ist immer auch von finanziellen Interessen geprägt. Das wird auch DIE LINKE nicht ändern können. Die Stadt will mehr Gewerbesteuern einnehmen, Investoren wollen ihr Kapital so hoch wie möglich verzinst haben, Mieter haben Interesse an bezahlbaren Wohnungen. Stadtentwicklung kann aber nur gut

funktionieren, wenn das Ziel „Stadt zum Wohlfühlen“ dabei mit beachtet wird. Was passiert, wenn das nicht der Fall ist, kann teilweise auf dem Ostufer des Hafens besichtigt werden: Luxuswohnungen für Reiche, Luxusbüros für profitable Firmen und kein Platz mehr für die Menschen in unserer Stadt. Dem wird sich DIE LINKE weiterhin entgegenstellen.

Wohnen muss bezahlbar sein

Flensburg ist im Vergleich zu anderen Städten gleicher Größe gut mit Einfamilienhäusern und Luxuswohnungen ausgestattet. Aber es fehlen bezahlbare Wohnungen in großer Zahl, vor allem für Alleinlebende und für große Familien. DIE LINKE wird sich auch in den nächsten Jahren für den Bau von mehr Geschosswohnungen einsetzen. Dabei legen wir Wert darauf, dass Wohnraum in der Innenstadt erhalten und kostengünstig saniert wird, aber auch der Neubau von Wohnungen in den innenstadtnahen Randbereichen ist uns wichtig.

DIE LINKE fordert:

- Die Gründung einer kommunalen Wohnungsbaugesellschaft. So können wir als Kommune Fördergelder des Bundes beantragen und mehr bezahlbaren Wohnraum in Flensburg schaffen
- Kontingente für öffentlich geförderte Sozialwohnungen bei der Ausweisung von Baugebieten. Wenn der Anteil an bezahlbaren Wohnungen nicht ausreicht, muss die Stadt über die Bauleitplanung dafür sorgen, dass diese entstehen
- Die Unterstützung und Förderung alternativer, kooperativer oder genossenschaftlich organisierter Wohnprojekte. Viele Menschen sind bereit, Geld und Zeit in andere Wohnformen zu investieren. Wir wollen sie unterstützen, anstatt ihnen das Leben schwer zu machen
- Schwerpunkt des kommunalen Handelns soll die Schaffung attraktiver und bezahlbarer Mietwohnungen sein, insbesondere für die Menschen und deren Familien, die aufgrund ihrer Einkommensverhältnisse kein Wohneigentum bilden können

Mehr Achtsamkeit bei der Quartierentwicklung

In größeren Städten ist es schon länger ein Problem, in Flensburg beginnt es langsam, eines zu werden: die Gentrifizierung. Bei der Weiterentwicklung von Stadtteilen wird eine Gegend langsam „hip“, zahlungskräftige Menschen ziehen dort hin, die Mieten steigen, die alteingesessenen Bewohner und Geschäftsleute können sich die gestiegenen Mieten nicht mehr leisten und ziehen weg. Das Quartier verändert massiv seinen Charakter. Es leiden die Menschen, die viele Jahre oder sogar Jahrzehnte dort gelebt haben. DIE LINKE will diese Entwicklung schon im Ansatz stoppen. Gegen unseren Widerstand haben die anderen Fraktionen das Bahnhofsviertel zum Stadtumbaugebiet erklärt, obwohl klar ist, dass dafür der Sportplatz und vielleicht auch das Kulturzentrum Kühlhaus verschwinden müssen. Aber die Investoren lauern schon, die gierigsten sind sogar schon vor Ort. Wir werden dieses Spiel auch in Zukunft nicht mitspielen.

- Keine entscheidenden Änderungen in der Struktur und dem Charakter der Stadtviertel ohne eine echte Beteiligung der Einwohnerinnen und Einwohner
- Schutzräume für angestammte kulturelle, soziale oder sonst gesellschaftlich wichtige Institutionen
- Bestandsgarantieren für lang eingesessene Gewerbetreibende
- Mietgarantien für Mieter, die vom Stadtumbau betroffen sind

Flensburg ist eine Hafenstadt

Seit vielen hundert Jahren ist das Gesicht der Stadt Flensburg maritim geprägt. Die meiste Zeit ihres Bestehens hat die Stadt sogar von der Seefahrt und vom Hafen gelebt. Diese Zeiten sind vorbei und werden vermutlich auch nicht wiederkommen, aber immer noch ist der Hafen das Herzstück unserer Stadt und gleichzeitig ihr größter Anziehungspunkt, für Einwohnerinnen und Einwohner ebenso wie für Touristen. Doch wenn man vom Westufer über die Förde blickt, sieht man, dass dieses Kleinod in Gefahr ist. Luxuswohnquartiere, überdimensionierte Bürogebäude und der in seiner Hässlichkeit einmalige Klarschiff-Neubau bestimmen das Bild. DIE LINKE will den Hafen zu einem maritim ausgerichteten Nutzungsraum entwickeln und für unsere Kinder und Enkelkinder als das Stadtbild prägenden Raum erhalten.

DIE LINKE fordert:

- Die vernünftige Abwägung zwischen Arbeitsmöglichkeiten für Flensburgerinnen und Flensburger und touristischen Anforderungen
- Einen Ansiedlungsstopp für nicht maritime Betriebe und Gewerbe im Hafengebiet
- Ausweisung von Schutzflächen, die für maritime Nutzung entwickelt werden sollen

- Rückbau der Europawiese zu einer Fläche, die von den Besucherinnen und Besuchern des Hafens genutzt werden kann, wenn dort nicht Be- oder Entladungen von Schiffen stattfinden
- Konsequente Weiterentwicklung der Hafenwestseite als historischer Erinnerungsort

Für dauerhaften Erhalt und Weiterentwicklung von Kleingartenanlagen

Für DIE LINKE haben der Bestand und die Sicherung von Kleingartenanlagen neben dem ökologischen Aspekt eine wichtige soziale und gesundheitsfördernde Funktion. Mit dieser Form von Freizeitbeschäftigung werden einerseits wesentlich unentgeltliche Leistungen der Grünpflege und Einnahmen für die Stadt erbracht andererseits kostengünstige Möglichkeiten der Freizeitgestaltung und Erholung für einkommensschwache sowie ältere Menschen, aber auch für junge Familien und Migrantinnen und Migranten in Flensburg geboten. Kleingärten sind als grüne Lernorte ein wesentlicher Beitrag zu naturnahem Gärtnern und zur Umweltbildung insbesondere von Kindern und Jugendlichen. Kleingärten sind unverzichtbarer Bestandteil des öffentlichen Grüns - sie sind als besondere Form des Stadtgrüns in Wohnortnähe eine gute Ergänzung für Parks und Grünanlagen und ein Beitrag zur Erhöhung der Lebensqualität für einige tausend Flensburgerinnen und Flensburger. Und doch haben die bestehenden Kleingartenanlagen in Flensburg Probleme, ihre Flächen zu belegen. Das liegt unter anderem auch daran, dass das etablierte System des Kleingärtnerns vielen, vor allem jungen Menschen nicht mehr zeitgemäß erscheint. DIE LINKE meint, dass sowohl das herkömmliche Kleingartenwesen als auch neue, alternative Formen des Kleingärtnerns in unserer Stadt Platz haben und gefördert werden müssen.

DIE LINKE fordert:

- Die Umwandlung von Kleingärten in Bauerwartungsland oder Bauland darf künftig nicht mehr zugelassen werden. Wir fordern Bestandschutz von Kleingartenflächen und Gebäuden, sozial verträgliche Pachten und bezahlbare Tarife für Energie, Wasser und Abwasser in Kleingartenflächen.
- Von den ehemals 13 000 Kleingärten sind noch ca. 2800 vorhanden. Die Fläche dieser Gärten wollen wir festschreiben und bei Bedarf ausweiten.
- Alternative Kleingartenformen sollen besonders gefördert werden. Dazu wollen wir spezielle Pachtformen für Einzelpersonen und Gruppen, aber auch für kooperativ organisierte Vereine entwickeln
- Die Stadt Flensburg soll die Prinzipien des „urban gardening“ besonders fördern. Dazu gehört, dass die Stadt alternativen Gartenbauformen Raum gibt, aber z.B. auch die Prüfung, ob die Errichtung einer Stadtgärtnerei gefördert und unterstützt werden kann

Kommunalwirtschaft

Die Kürzungspolitik der letzten Jahrzehnte hat dazu geführt, dass viele öffentliche Gebäude wie Schulen oder Kindergartengebäude in einem maroden Zustand sind. Das prominenteste Opfer dieser Entwicklung war vor wenigen Jahren das alte Hallenbad in Bahnhofsnähe, dessen Renovierung kaum noch möglich war. In welche Schwierigkeiten das die Stadt gebracht hat, ist ja bekannt.

Die Linke steht für die Überwindung des öffentlichen Investitionsstaus. Der Zerfall von öffentlichen Gebäuden, Schulen und Straßen muss gestoppt werden.

Zur kommunalen Wirtschaft gehören auch die Betriebe der Stadt, die Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge übernehmen. Wohnen, Energie- und Wasserversorgung, Möglichkeiten für sportliche Aktivität und vieles mehr gehört dazu. DIE LINKE steht dazu, dass Daseinsvorsorge in öffentliche Hand gehört und nicht skrupellosen Geschäftemachern überlassen werden darf. Die Privatisierung kommunaler Betriebe lehnen wir ab.

DIE LINKE fordert:

- Wir wollen die öffentliche Infrastruktur für die nachfolgenden Generationen bewahren und ausbauen. Entscheidend für Investitionen sollen die Interessen der Einwohnerinnen und Einwohner sein.
- Öffentliche Unternehmungen wie die Stadtwerke müssen öffentlich bleiben; denn die Daseinsvorsorge (wie Strom, Wärme, Wasser) darf niemals den Profitinteressen einiger Investoren oder Kapitaleignern dienen.
- Die von uns angeschobene Rekommunalisierung des Campusbades muss mit Augenmaß fortgeführt und festgeschrieben werden. Mit dem Ausverkauf städtischen Eigentums muss endlich Schluss sein. Weitere ÖPP-Projekte, die Steuergelder in private Kassen umleiten, lehnen wir strikt ab.
- Wirtschaftsförderung muss im Verhältnis zum Nutzen für die Kommune stehen und darf nicht als Selbstbedienungsladen für Geschäftemacher dienen. Wohin das sonst führt, haben wir am Beispiel Motorola erleben müssen. Wir wollen eine Wirtschaftsförderung, die dauerhaft der Allgemeinheit dient.
- Trotz der bekannten schlechten Haushaltslage vergibt die Stadt immer wieder Aufträge für Gutachten und Machbarkeitsstudien an externe Firmen. Flensburg ist ein Paradies für Unternehmensberater. Sind diese Firmen dann fertig, verabschieden sie sich und lassen uns mit den meist dürftigen Ergebnissen allein. Was dabei herauskommt, haben wir gerade bei der Flensburger Sparkasse oder beim Campusbad gesehen. Wir wollen dieses Unwesen abschaffen. Gutachten und Studien von Externen sollen in Zukunft

nur noch nach Beschluss der Ratsversammlung vergeben werden, wenn sie nicht intern erstellt werden können

Kulturpolitik

Im ersten Jahr unserer Mitarbeit im Kulturausschuss der Stadt waren wir die Außenseiter und die qualifizierte Minderheit in diesem Ausschuss. Unsere Beiträge stießen bei allen anderen Fraktionen auf strikte Ablehnung. Seit Mitte 2011 hat sich das qualitativ geändert: Wir waren beim "dicke Bretter bohren" tatsächlich nach Jahren der Ausgrenzung durchaus erfolgreich!

Aus der Außenseiterposition ist Die LINKE im Zuge der wachsenden Mobilisierung der Kulturszene zu einem Motor erfolgreicher Veränderungen der städtischen Kulturpolitik geworden. Durch unsere Anträge und Initiativen wurden erstmals seit Jahrzehnten die finanziellen Forderungen der "Freien" Kultureinrichtungen wenigstens teilweise erfüllt. Der Stellenwert freier und stadtteilnaher Kulturinitiativen ist gewachsen und die Problematik des Erhalts einer breiten Kulturversorgung der Bürgerinnen und Bürger der Stadt Flensburg ist im Bewusstsein eines großen Teils der Bevölkerung fest verankert. Diesen Weg wollen wir weiter gehen. Dabei gilt für uns der Grundsatz: Städtische Kulturpolitik fördert das, was herrschende Zustände hinterfragt, was finanziell benachteiligt ist und "am Markt" keine Chance auf eine selbsttragende Finanzierung hat. Alles das, was populär und marktkonform seine eigene wirtschaftliche Existenz erwirtschaften kann, liegt außerhalb des Rahmens regionaler oder kommunaler Kulturpolitik.

DIE LINKE fordert:

- Kulturpolitik trägt ihren Anteil zur Demokratisierung, zu einer Politik der Entmilitarisierung und des Friedens und der sozialen Gerechtigkeit bei. Sie muss Schwerpunkt städtischen Handelns sein und bleiben.
- Mangelnde kulturelle Teilhabe ist Ausgrenzung und beeinträchtigt die Menschenwürde – darum ist es notwendig, allen Menschen, unabhängig von Alter, Einkommen und Wohnort Zugangsmöglichkeiten zu kulturellen Angeboten zu eröffnen und etwaige Hürden oder Hemmschwellen zu beseitigen.
- Finanziell schlechter gestellten Gruppen ist die Teilnahme am Kulturleben zu ermöglichen. Das gilt insbesondere für Kinder und Jugendliche, denen die Teilhabe an altersgerechten kulturellen Angeboten ohne jedwede Hemmschwellen ermöglicht werden muss, aber auch für diejenigen Gruppen der Bevölkerung, die nur über ein geringeres Einkommen verfügen.
- Menschen, die aus anderen Ländern zugewandert sind, müssen zusätzlich die Möglichkeit haben, ihre eigene kulturelle Identität zu leben und weiter zu entwickeln.

- Das alles wollen wir mit einem „Kultur- und Sozialticket“ ermöglichen.

Kulturelle Einrichtungen sind aber oft nicht in der Lage, sich selbst auskömmlich zu finanzieren. Kürzungen müssen daher meist auf Kosten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter oder auf Kosten des künstlerischen Angebotes ausgeglichen werden.

DIE LINKE fordert:

- Die Finanzierung der Kultur in Flensburg muss die kulturelle Infrastruktur und kreative freie Betätigungsräume für die unterschiedlichen Kulturinteressen der Bevölkerung schaffen. Sie soll sich auf ein friedliches und gleichberechtigtes Zusammenleben der Bevölkerung in Flensburg orientieren, einer Stadt mit einer großen dänisch-orientierten Minderheit und einer Vielzahl von Menschen aus weiteren unterschiedlichen Kulturen z.B. aus dem Osten, Südosten und Süden Europas und aus anderen Erdteilen.
- Wir verstehen Zuwanderung als Herausforderung und als Bereicherung. Wir wollen das Migration-Mainstreaming als handlungsleitende strategische Richtlinie für die gesamte Stadtpolitik durchsetzen, speziell aber in der Kulturförderung.

Wir wollen die bestehenden soziokulturellen Einrichtungen wie Kühlhaus, Volksbad, Pilkentafel langfristig in die Lage versetzen, ihre Angebote weiterzuentwickeln und auszubauen. Dazu gehört, dass wir ihnen die Möglichkeit geben, ihre Identität zu bewahren. Gleichzeitig muss es Möglichkeiten geben, weitere Initiativen wie z.B. das KKI, den Verein 8001 aus dem Flensburger Norden oder das deutsch-skandinavische Literaturfest (literatur.nu) langfristig verlässlich zu fördern.

DIE LINKE fordert:

- Räumliche und finanzielle Bestandsgarantien für die bestehenden Einrichtungen über die nächsten fünf Jahre hinaus
- Eine auskömmliche Finanzierung der freien Kultureinrichtungen, im ersten Schritt mindestens nach dem Motto „Gebt uns fünf“ mit fünf Prozent des verfügbaren Kulturetats
- Eine regelmäßige inhaltliche und finanzielle Fortschreibung der städtischen Kulturentwicklungsplanung mit der Möglichkeit, auch neu entstehende Institutionen in die Förderung einzubeziehen

Minderheiten

Die drei schleswig-holsteinischen Minderheiten, Dänen, Friesen und Sinti und Roma, stehen unter dem besonderen Schutz unserer Landesverfassung. Unserer Stadt mit einem Anteil von beinahe dreißig Prozent dänisch gesinnter Einwohnerinnen und Einwohnern kommt in der Minderheitenpolitik eine besondere Verantwortung zu. DIE LINKE bekennt sich zu dieser Verantwortung und wird auch in der nächsten Ratsversammlung aktiv an der Verbesserung der Situation der Minderheiten mitwirken.

Schon in der letzten Wahlperiode haben wir uns für die Vorlage eines regelmäßigen Berichtes zur Lage der Minderheiten in unserer Stadt eingesetzt, anhand dessen wir

in den nächsten Jahren die völlige Gleichstellung aller Minderheiten in unserer Stadt weiter voranbringen werden.

DIE LINKE fordert:

- Die Einrichtungen der dänischen Minderheit werden mit denen der deutschen Mehrheit gleichgestellt. Wir werden nicht dabei mitmachen, den städtischen Haushalt auf Kosten der Minderheit zu entlasten. Die Zuschüsse für Schülerinnen und Schüler der dänischen Kitas und Schulen müssen genau so hoch sein wie die an den deutschen Einrichtungen. Auch müssen die dänischen Kultureinrichtungen in Flensburg endlich genauso gefördert werden wie ihre deutschen Gegenstücke.

Kommunale Demokratie

Unsere Stadt Flensburg ist der Ort, an dem wir Demokratie leben. DIE LINKE will, dass Flensburg eine bunte Stadt bleibt, die Integration von Menschen, die nicht hier geboren wurden, fördert, die sich Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit aktiv entgegen stellt. DIE LINKE will, dass alle Flensburgerinnen und Flensburger sich in ihre eigenen Angelegenheiten einmischen und so Demokratie leben.

Dazu braucht man Geld. Die immer weiter auseinanderklaffende Schere zwischen Arm und Reich verhindert eine solche Entwicklung eher, als dass sie sie fördert. Ein reiches kulturelles und sportliches Angebot, das für jede und jeden bezahlbar ist, fördert die Toleranz in unserer Stadt. Ein öffentlicher Personennahverkehr, der diesen Namen verdient hat, lässt die Menschen zusammenkommen und sorgt für ein gutes Miteinander.

DIE LINKE fordert:

- Wir wollen mehr Demokratie wagen. Demokratie ist mehr: Mehr Öffentlichkeit, mehr Transparenz, mehr Kommunikation und mehr Beteiligung! Wir wollen die verbindliche Beteiligung aller betroffenen Personengruppen vor städtischen Entscheidungen. Arbeiterinnen und Arbeiter, Angestellte, Seniorinnen und Senioren, Schülerinnen und Schüler, Studierende, Anwohnerinnen und Anwohner, Eltern und Jugendliche, Menschen mit Behinderung, Radfahrerinnen und Radfahrer: Sie alle bringen nicht nur ihre Interessen sondern auch ihren Sachverstand in die Beratungen mit ein. Die Gesetzgebung in Schleswig-Holstein erlaubt eine viel breitere Beteiligung von Einwohnerinnen und Einwohnern bei den Entscheidungen von Rat und Verwaltung. DIE LINKE will diese auch nutzen!
- DIE LINKE will, dass das Ratsinfosystem der Stadt benutzerfreundlicher ausgebaut wird, so dass alle Flensburgerinnen und Flensburger einen einfachen und barrierefreien Zugang zu allen Unterlagen von Politik und Verwaltung haben

- Der Offen Kanal Flensburg ist ein Bürgermedium, das bisher schon die Ratssitzungen im analogen Fernsehnetz überträgt. Wir wollen die Übertragungen auch auf die Ausschusssitzungen ausdehnen und den Offenen Kanal in die Lage versetzen, die Übertragung auch über das Internet durchzuführen
- Aber nicht alle wollen Informationen ausschließlich über das Internet. Wir wollen daher, dass die Stadt regelmäßig ein Info-Blatt herausgibt, in dem die wichtigsten anstehenden Entscheidungen und die Stellungnahmen der Fraktionen dazu kurz aufgeführt werden. Diese Info soll an alle Flensburger Haushalte verteilt werden

Transparenz als Vorbeugung gegen Korruption

Bei Ratsversammlungen oder auch in der Presse wird immer wieder unterschwellig der Verdacht geäußert, bei der Auftragsvergabe oder beim An- und Verkauf von Grundstücken ginge etwas „nicht mit rechten Dingen zu“. Belege dafür hat es bisher nicht gegeben. Trotzdem müssen solche Vorwürfe ernst genommen werden.

DIE LINKE fordert:

- Wir finden, dass Transparenz die beste Vorbeugung gegen Korruption ist. Wir fordern daher die Einrichtung einer oder eines ehrenamtlichen Transparenz- und Korruptionsbeauftragten im Bereich der Stadt Flensburg. An diese Person können Kommunalpolitiker und Einwohnerinnen sich wenden, wenn der Verdacht besteht, dass durch die Stadt Informationen zurückgehalten werden oder dass bei der städtischen Vergabe etwas nicht in Ordnung ist
- Um struktureller Korruption, dem sogenannten „Filz“ vorzubeugen, ist es nötig, dass alle Beteiligten an kommunalen Entscheidungsprozessen benannt und ihre Interessen offen gelegt werden. Dazu wollen wir ein System etablieren, das diese Entscheidungsprozesse offen und transparent vom Anfang bis zum Abschluss dokumentiert
- Mehr Transparenz ist vor allem mit Information für die Einwohnerinnen und Einwohner verbunden. Wir wollen, dass die Stadt Flensburg dem Internetnetzwerk „Abgeordnetenwatch“ beitrifft, so dass die Menschen in Flensburg ihre Vertreterinnen und Vertreter im Stadtparlament online befragen und ihr Abstimmungsverhalten bei wichtigen Entscheidungen nachvollziehen können-

Gleichstellung

Immer noch gibt es eine strukturelle Benachteiligung von Frauen in fast allen Bereichen der Gesellschaft. Frauen kommen auf der Karriereleiter langsamer voran

und verdienen weniger Geld als Männer. DIE LINKE meint: Es ist an der Zeit, die Geschlechter endlich gleichzustellen. Das geht zum einen durch geeignete Maßnahmen im Einflussbereich der Stadt und ihrer Beteiligungen, zum anderen aber auch durch aktive Maßnahmen bei der Auftragsvergabe.

DIE LINKE fordert:

- Die Stärkung des Gleichstellungsausschusses der Ratsversammlung durch ein Veto-Recht für diesen Ausschuss bei Angelegenheiten, die die Geschlechtergerechtigkeit betreffen
- Die geschlechterquotierte Besetzung der Verwaltungsspitze und der Führungsgremien der Stadtverwaltung
- Die geschlechterquotierte Besetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten der städtischen Beteiligungen
- Die Aufnahme der Geschlechterquotierung als ein Kriterium bei der Beurteilung von Angeboten auf Ausschreibungen

Flüchtlinge

Willkommenskultur braucht Willkommensstruktur. Das war nicht nur die Überschrift einer Reihe von Anträgen, die wir in der letzten Wahlperiode gestellt haben, um die Situation von Flüchtlingen in Flensburg zu verbessern. Das wird auch unser Ansinnen in der nächsten Zeit bleiben.

Niemand kommt nach Flensburg, weil es ihm in seiner Heimat nicht gefällt. Keine Mutter lässt ihre Kinder zurück, um einfach mal in Deutschland zu leben. Die Menschen, die als Flüchtlinge zu uns kommen, sind in ihrer Heimat an Leib und Leben bedroht. Sie hier gastfreundlich willkommen zu heißen, ist unsere Pflicht. Wir werden uns weiterhin für eine schnelle und möglichst reibungslose Integration aller Flüchtlinge einsetzen.

Flüchtlinge mit ihren kulturellen und ethnischen Eigenarten sind für unsere Stadt eine Bereicherung. Wir wollen ihre Stärken nutzen, um unser Gemeinwesen lebenswerter zu machen.

DIE LINKE fordert:

- Flüchtlinge sollen vom ersten Tag, an dem diese Menschen nach Deutschland kommen, kostenlose Sprachkurse erhalten.
- Wir wollen Flüchtlinge menschenwürdig unterbringen. Das gesetzliche Mindestmaß von 10 Quadratmetern pro Person, inklusive

Gemeinschaftsflächen, ist menschenverachtend und soll in Flensburg deutlich überschritten werden

- Zudem wollen wir eine qualifizierte und unabhängige Beratung für alle Flüchtlinge
- Leistungen nach dem Asylbewerber-Leistungsgesetz müssen in angemessener Höhe und diskriminierungsfrei, das heißt in bar und nicht nach einem „Gutscheinsystem“ ausgezahlt werden.

Der Weg zu einem bunten Flensburg

Faschismus, Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Ausgrenzung Andersdenkender dürfen in Flensburg keinen Platz haben. Seit vielen Jahren stellen sich Mitglieder, Sympathisanten und Freunde der Linken gemeinsam mit vielen anderen diesen menschenverachtenden Ideologien entgegen. Wir fordern, dass die Stadt dieses Ansinnen endlich öffentlich aufnimmt und sich so zu ihrer Verantwortung bekennt.

DIE LINKE fordert:

- Die verbindliche Teilnahme von Vertretern der Stadt und der Ratsversammlung an den regelmäßigen Veranstaltungen zum Gedenken an die Opfer des Faschismus
- Die öffentliche wissenschaftliche Aufarbeitung der Rolle der Stadtverwaltung bei den Verbrechen der nationalsozialistischen Verbrecherbande zwischen 1933 und 1945 und die Rolle der Stadtverwaltung und der Lokalpolitik bei der Verschleierung dieser Gräueltaten nach 1945 bis weit in die 70er Jahre hinein
- Die Stärkung des Runden Tisches für Integration in der Lokalpolitik durch Rederecht von dessen Vertreterinnen und Vertretern nicht nur in den Ausschüssen sondern auch in der Ratsversammlung bei allen Angelegenheiten, die Menschen mit Migrationshintergrund betreffen
- Eine ideelle und finanzielle Unterstützung der Personen und Institutionen, die schon seit vielen Jahren in Flensburg antifaschistische Stadtrundgänge und -führungen anbieten

Haushalt und Finanzen

Auch DIE LINKE weiß, dass die finanziellen Probleme der Stadt nicht ausschließlich vor Ort ihre Ursache haben. Ohne die Hilfe von Land und Bund wird die Stadt diese Probleme nicht lösen, wird die Stadtkasse im Minus bleiben. Ganz egal, wie viele Leistungen für die Menschen noch weggekürzt werden.

Dabei wäre eine Verbesserung der kommunalen Finanzen ganz einfach. Schon die Wiedereinführung der Vermögenssteuer, die seit 1997 ausgesetzt ist, würde

dem Land Schleswig-Holstein und seinen Kommunen etwa 700 Millionen Euro jährlich einbringen!

Im Rahmen der kommunalen Möglichkeiten hat DIE LINKE Verbesserungen der Einnahmen der Stadt angeschoben durch ihre Initiativen zur sogenannten Bettensteuer, der Erhöhung der Gewerbe- und Spielgerätesteuern.

DIE LINKE war neben der Wählergemeinschaft Akopol die einzige Fraktion, die dem Vertrag zwischen der Stadt und dem Land nach dem Haushaltskonsolidierungs-Gesetz nicht zugestimmt hat. Wir haben NEIN gesagt, weil dieser Vertrag uns jede Handlungsmöglichkeit nimmt. Die Stadt darf keinen Euro mehr zusätzlich ausgeben, ohne ihn an anderer Stelle wegzukürzen. Das ist für DIE LINKE das Ende der kommunalen Selbstverwaltung.

Auch wenn eine Änderung der kommunalen Finanzausstattung noch nicht konkret abzusehen ist, wissen alle, dass diese kommen muss und wird. Bis dahin wollen wir kommunales Handeln nicht vorrangig von der Kassenlage abhängig machen. Das Leitmotiv unseres Wahlprogramms von 2008 gilt für uns weiter: So lange in unserer Stadt Kinder hungern müssen, werden wir alles in unserer Kraft stehende tun, um das abzustellen!

DIE LINKE fordert:

- Eine Reform des kommunalen Finanzausgleichsgesetzes (FAG), die Oberzentren und kreisfreie Städte endlich in die Lage versetzt, ihre Aufgaben zu erfüllen
- Eine rechtliche Überprüfung des Haushaltskonsolidierungsgesetzes. Gegebenenfalls muss die Stadt gegen dieses klagen, weil es die kommunale Selbstverwaltung aushöhlt.
- Intervention des Oberbürgermeisters bei Landes- und Bundesregierung, endlich einen Altschuldenfonds für die Kommunen in Schleswig-Holstein einzurichten und die Kommunen bei der Rückzahlung dieser Schulden zu unterstützen
- Eine stärkere und damit angemessene Beteiligung des Bundes an den Sozialleistungen der Kommunen
- Mitentscheidungsrechte der Kommunen in der Steuergesetzgebung

Schlusswort

Seit fünf Jahren hat DIE LINKE eine Fraktion in der Flensburger Ratsversammlung. Unsere drei Ratsmitglieder haben eine Menge für die Menschen unserer Stadt bewirkt, und darauf sind wir zu Recht stolz. Oft sind sie aber auch gegen Mauern gerannt und haben sich an den anderen Fraktionen die Zähne ausgebissen.

Bereits 2009 hat DIE LINKE beantragt, Stromsperrern für Menschen mit geringem Einkommen in Flensburg zu verhindern und einen Sozialtarif für Strom und Wärme einzuführen. Sogar eine Diskussion und eine Prüfung dieser Pläne wurden von WiF, SSW, CDU, SPD, Grünen und FDP verhindert. Nachdem wir das Thema immer wieder auf die Tagesordnung gebracht haben, gibt es jetzt wohl endlich eine Mehrheit dafür.

Ebenfalls 2009 lehnten es all die oben genannten Fraktionen ab, die Verwaltung prüfen zu lassen, ob sich der öffentliche Personen-Nahverkehr reformieren lässt. Wir wollten einen grundsätzlichen Umstieg zu kostenfreier Nutzung. Diese haben wir immer noch nicht, aber immerhin werden bei aktiv-bus mittlerweile ökologische Elektro-Hybrid-Busse getestet, und es gibt einen flächendeckenden Fahrradverleih in Flensburg. Zwei unserer Forderungen, die gegen den Widerstand aller anderen Fraktionen trotzdem umgesetzt wurden.

Ob Flensburger Sparkasse / Nospa, Campusbad, Stadtwerke oder Klarschiff: Die Parteien, die den Karren vor 2008 in Dreck gefahren haben, versuchen ihre Basta-Politik weiterzumachen, meist unterstützt von der WiF.

DIE LINKE war, ist und bleibt der Stachel im Fleisch der anderen Parteien. Wir sind ehrlich und, wenn es sein muss, auch frech. Wir stellen die Fragen, die sonst keiner stellt, und wir zeigen: Es geht auch anders, wenn man das nur will. Das war in den letzten fünf Jahren so und das wird auch in den nächsten fünf Jahren so bleiben.

Aber nur dann, wenn SIE uns erneut das Vertrauen aussprechen. Deshalb unsere Bitte; Gehen Sie am 26. Mai zur Wahl, geben Sie Ihre Stimme für DIE LINKE, damit wir weiterhin Politik machen können für die Menschen in unserer Stadt!

Jede Stimme zählt! Keine ist „verloren“! Es gibt bei dieser Wahl keine Prozentklausel! Wir brauchen jede Stimme, vor allem aber IHRE.